



Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den

21.10.2013

Wohnkosten senken und gleichzeitig zukunftsfähige Mobilität befördern II – Wohnen ohne (eigenem) Auto bei städtischen Gesellschaften

Antrag

1. Die städtischen Wohnbaugesellschaften realisieren künftig auch Projekte „Wohnen ohne (eigenes) Auto“ und kombinieren dies mit tragfähigen Mobilitätskonzepten (ähnlich dem Projekt „Mobilität aus einer Hand“).
2. Dies kommt insbesondere bei Projekten im Rahmen einer qualifizierten Nachverdichtung zur Anwendung, bei der Stellplätze überproportional teuer wären oder Tiefgaragen nur auf Kosten eines wertvollen Baumbestandes zwischen den Gebäuden realisierbar wären.
3. Die günstigeren Wohnkosten ohne Stellplatz werden an den Mieter weitergegeben.
4. Möchte sich der Mieter in einer späteren Lebensphase ein eigenes Fahrzeug zulegen, wird ihm eine Wohnung mit Stellplatz oder das Anmieten eines Stellplatzes in einem benachbarten Objekt angeboten.

Begründung:

Die in Bundesrepublik Deutschland auf die Reichsgaragenordnung von 1939 zurück-gehende und derzeit gültige Regelung, dass Wohnungen ein oder mehrere PKW- Stellplätze zugeordnet werden, diese aber nicht kostendeckend verkauft oder vermietet werden können, führt zu einer Subventionierung des Kfz-Verkehrs über die Wohnkosten. Dies ist einer Stadt mit so hohen Wohnkosten wie München nicht hinnehmbar. Besonders paradox ist die Situation, wenn die Betriebskosten einer halb leerstehenden Tiefgarage in einem geförderten Wohnungsbau von autolosen Sozialmietern mitgetragen werden müssen.

Eine Möglichkeit auf kommunaler Ebene darauf zu reagieren sind Projekte zum Wohnen ohne (eigenes) Auto. Das Engagement städtischer Wohnbaugesellschaften in diesem Feld ist dazu geeignet das Thema aus der Nische zu holen, in der es sich derzeit befindet.

Mehrere Studien haben gezeigt (u.a. die Studie des von der BMW Group getragenen Instituts für Mobilitätsforschung, Quelle 1), dass in gut erschlossenen Großstädten die Autonutzung und vor allem der Kfz-Besitz in der Altersgruppe der bis 35-jährigen rück-läufig ist. Parallel steigt die Bereitschaft öffentliche

Verkehrsmittel oder das Fahrrad zu nutzen, und Car-Sharing-Systeme entwickeln sich dynamisch. Damit steigen auch die Chancen von Projekten zu Wohnen ohne (eigenes) Auto.

Insbesondere Wohnbauprojekte im Rahmen einer qualifizierten Nachverdichtung, die sonst wegen hoher Stellplatzkosten gar nicht oder nur auf Kosten wertvollen Baum-bestandes realisierbar wären, sind eine Chance für Wohnen ohne Auto.

Die städtischen Wohnbaugesellschaften haben auch die Möglichkeit alternative Wohnun-gen anzubieten, wenn sich Lebensentwürfe ändern oder wenn sich eine Mobilitätsein-schränkung einstellen sollte, die ggf. ein eigenes Kfz erfordert.

Wohnen ohne (eigenes) Auto sollte selbstverständlich unterstützt werden durch Alternativen zum eigenen Auto wie es das Gemeinschaftsprojekt Projekt von KVR, MVG, Wogeno, Stattauto und Fidelio aufzeigt (Quelle 2), in dem Car-Sharing-Autos, gemeinschaftliche Nutzung von ÖV-Tickets, Leih-Fahrradanhänger etc. zur Verfügung gestellt werden.

Quelle1: Institut für Mobilitätsforschung: Mobilität junger Menschen im Wandel – multimodaler und weiblicher. München 2011
www.ifmo.de/basif/pdf/publikationen/2011/ifmo2011_Mobilitaet_junger_Menschen.pdf

Quelle 2: Pilotprojekt Mobilität aus einer Hand
www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Kreisverwaltungsreferat/Wir-ueber-uns/Pressemitteilungen/11-2012/Mobilit-t.html

Fraktion Die Grünen – rosa liste

Initiative:

Paul Bickelbacher

Sabine Nallinger

Sabine Krieger

Herber Danner

Mitglieder des Stadtrats



**Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus**

**München, den
21.10.2013**

Stellplatzsatzung flexibilisieren

Antrag

Die Verwaltung prüft die Möglichkeit einer Flexibilisierung der Stellplatzsatzung für Kleinstgewerbe

Begründung

Im Bereich von Kleinstgewerbe stellt die Stellplatzsatzung ein Investitionshindernis dar.

Bei Umwidmungen von kleinen Büroflächen, beispielsweise für ein Yoga-Studio oder der Erweiterung von Freischankflächen kleiner Cafés, werden nach der Stellplatzsatzung – unabhängig von der Lage – der Nachweis von Stellplätzen gefordert. Da diese hier meist nicht hergestellt werden können ist eine Ablöse fällig.

Insbesondere in gut erschlossenen integrierten Lagen ist durch Angebote, die sich meist an die Laufkundschaft richten, kein zusätzlicher PKW-Verkehr zu erwarten. Die Kosten für eine Stellplatzablöse machen diese Investitionen aber dort unrentabel, so dass diese – da den Kosten keinen wesentlichen Mehrwert schaffen - entweder gar nicht oder an nicht integrierten Standorten, getätigt werden.

Der öffentliche Raum und die lokale Ökonomie könnte mit einer flexibleren Lösung an vielen Stellen an Attraktivität gewinnen, sei es durch ein paar Bistrotische tagsüber zum Verweilen oder ein Yoga-Raum um die Ecke. Es sollte daher geprüft werden, inwieweit eine Flexibilisierung der Stellplatzsatzung, beispielsweise durch eine „Bagatellgrenze“ und einer entsprechenden Einzelfallprüfung, machbar ist.

Fraktion Die Grünen – rosa liste

Initiative:

Paul Bickelbacher

Sabine Nallinger

Sabine Krieger

Herbert Danner

Mitglieder des Stadtrates



Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

Stadtrat Johann Sauerer

ANTRAG

19.08.2019

Beerencafes erhalten

Die Verwaltung wird gebeten, dem Betreiber der Beerencafes in Lochhausen, Johanneskirchen und Feldmoching schnellstmöglich Wege aufzuzeigen, wie dieses, vor allem bei Familien beliebte Unternehmen, an seinen bisherigen Standorten weitergeführt werden kann.

Begründung:

Die Beerencafes in Lochhausen, Johanneskirchen und Feldmoching sind ein beliebtes Ziel für Münchner Familien. Die Gäste können dort jeden Tag frisch geerntetes, regionales Obst und Gemüse erwerben.

Neben den angebotenen Speisen gibt es allerlei Freizeitmöglichkeiten, die für viele Münchner Familien wohnortnah genutzt werden können.

So zum Beispiel die Natur- und Abenteuerspielplätze mit ihren vier Elementen Wasser, Feuer, Luft und Erde. Ebenso gibt es spannende Strohlabyrinth und Strohhüpfburgen. In Lochhausen und in Johanneskirchen werden zusätzlich weitläufige Maislabyrinth angeboten.

Alle diese Anlagen befinden sich im Außenbereich. Die Verwaltung soll den Betreiber unterstützen, dass ein Betrieb dort weiterhin möglich ist und für die vielen Nutzer zur Verfügung steht.

Johann Sauerer
Stadtrat

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



München, den 27.08.2019

Erhalt der BeerenCafés

Antrag:

- 1) Der Stadtrat der Landeshauptstadt München bekennt sich zu dem Konzept der BeerenCafés in München Lochhausen, Feldmoching und Johanneskirchen.
- 2) Die Verwaltung wird beauftragt – gemeinsam mit dem Betreiber – eine Lösung dahingehend zu finden, dass auch zukünftig an den Standorten ein Betrieb wie im ursprünglichen Umfang (2018) möglich ist.
- 3) Die rechtliche Situation wird von der Verwaltung schnellstmöglich überprüft und der Nutzung angepasst. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Änderung des Flächennutzungsplans bzw. einen Aufstellungsbeschluss – in Abstimmung mit dem Betreiber – hinsichtlich eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans für die betreffenden Teilgrundstücke zu erarbeiten und dem Stadtrat vorzulegen.
- 4) Selbstverständlich ist von einer Befristung auszugehen, die die Entwicklung des Münchner Nord Ostens nicht behindert.

Begründung:

Die BeerenCafés in Johanneskirchen, Lochhausen und Feldmoching erfreuen sich großer Beliebtheit in München. Sie ermöglichen es den Münchner*innen nicht nur Obst und Gemüse direkt vor Ort selbst zu ernten, sondern auch die ganze Produktionskette mitzuverfolgen und mit anzupacken (so z.B. vergangene Woche bei der Kartoffelernte auf den Feldern). Darüber hinaus sind die natürlich errichteten Natur- und Abenteuerspielplätze (z.B. Seilgarten zwischen den Bäumen, Wasserspielplatz, Strohlabyrinth) eine Bereicherung für die Kinder. Auch die Cafés selbst ermöglichen es mit ihren Sitzplätzen inmitten der Natur – während die Kinder im Naturspielplatz spielen – auszuruhen und die von den angrenzenden Feldern stammenden Produkte, die teilweise weiter veredelt werden, zu genießen. Zusammengefasst: Die Selbsterntefelder, verbunden mit dem Café und dem Naturspielplatz, kommen bei den Münchner Familien hervorragend an und sind eine Bereicherung für die Bevölkerung.

Aus diesem Grund regen sich nun auch die Proteste, weil die Stadt gegen die Betreiber für das Jahr 2019 hohe Auflagen und Einschränkungen verfügt hat.

So sehr dies ggf. baurechtlich nachvollziehbar sein mag, so wichtig ist es nun, ein Konzept zu entwickeln und sodann dem Stadtrat vorzulegen, wie die BeerenCafés an ihren Standorten gesichert werden können – und zwar in dem Umfang, wie diese bis September 2018 betrieben wurden.

Wir bitten, wie in der Geschäftsordnung des Stadtrates vorgesehen, um eine fristgemäße Bearbeitung unseres Antrages.

Fraktion Die Grünen – rosa liste

Initiative:

Angelika Pilz-Strasser

Katrin Haben schaden

Anna Hanusch

Sebastian Weisenburger

Dr. Florian Roth

Mitglieder des Stadtrats

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



10.05.2019

Antrag

Konzept für Co-Working in Erdgeschosszonen

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister schlägt dem Stadtrat in Abstimmung mit den städtischen Wohnungsgesellschaften ein Konzept für Co-Working in Erdgeschosszonen der neu zu bauenden Stadtteile Freiham und Bayernkaserne vor. Angesprochen werden sollten bei der Konzeptentwicklung zudem Genossenschaften, die in den beiden Stadtteilen bauen.

Begründung:

Homeoffice ist in vielen Bereichen des Berufsleben fest etabliert und bietet den großen Vorteil, die Verkehrsbelastung in der Stadt zu verringern. Manchmal scheitert allerdings Homeoffice oder das selbständige Arbeiten von zu Hause aus an den Wohnverhältnissen. Gerade die Wohnungen in den neuen Stadtteilen sollen kompakt und möglichst flächeneffizient sein.

Auf der anderen Seite stellt die Nutzung von Erdgeschosszonen immer wieder ein (Vermietungs-)Problem dar. Freiham und Bayernkaserne können aus unserer Sicht gute Beispiele einer zukunftsorientierten Arbeitswelt bieten, wenn die städtischen Wohnungsgesellschaften und die Genossenschaften in den Erdgeschosszonen ihrer Gebäude neben Läden auch Co-Working-Büros anbieten und dies gleich bei der Vermietung der Wohnungen mit anbieten.

Gez.
Dr. Michael Mattar
Fraktionsvorsitzender

Gez.
Gabriele Neff
Stellv. Fraktionsvorsitzende

Gez.
Prof. Dr. Jörg Hoffmann
Stadtrat

Gez.
Thomas Ranft
Stadtrat

Gez.
Wolfgang Zeilhofer
Stadtrat

MünchenSPD Stadtratsfraktion · Rathaus · 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 18.04.2019

Lebendige Erdgeschosszonen fördern

Antrag

Die Verwaltung wird beauftragt, als Pilotprojekt für die Bayernkaserne ein Programm zu entwickeln, das zeitlich befristet die Reduzierung der Mieten für kleine Gewerbe oder Gaststätten in den zentralen Erdgeschosszonen ermöglicht, in denen entsprechend dem Bebauungsplan eine Nichtwohnnutzung vorgeschrieben ist, um den öffentlichen Raum in diesen Bereichen zu beleben.

Begründung

In größeren neuen Baugebieten weist der Bebauungsplan in zentralen Lagen ausdrücklich Nichtwohnnutzungen aus. So soll erreicht werden, dass sich in diesen großen Quartieren an zentralen Orten auch tatsächlich öffentliches Leben entwickelt. Allerdings dauert es einige Jahre, bis ein solcher neuer Stadtteil tatsächlich fertiggestellt ist und alle BewohnerInnen eingezogen sind.

Eine Reihe von Nutzungen, die an diesen Orten wünschenswert sind, etwa ein Supermarkt, brauchen dort sicherlich keine anfängliche Unterstützung. Für kleine Gewerbetreibende oder auch Gaststätten ist ein solcher Neuanfang allerdings oft mit erheblichen wirtschaftlichen Risiken behaftet. Einerseits sind die Neubaumieten schon allein durch hohe Baukosten nicht günstig, andererseits muss mit langsam anlaufendem Geschäft und damit mit anfangs geringen Einnahmen gerechnet werden.

Sinnvoll wäre es aber, in derartigen Gebieten zügig auch diese Infrastruktur und damit von vornherein auch im öffentlichen Raum belebte Stadtquartiere zu schaffen. Deshalb soll als Pilotprojekt für die Bayernkaserne ein entsprechendes Programm entwickelt werden, das für einen gewissen Zeitraum die Reduzierung der Mieten ermöglicht. Daran könnten auch Bedingungen geknüpft werden, beispielsweise Gaststätten verpflichtet werden, auch einen Nebenraum zu betreiben, der für Elternbeiratssitzungen, Vereinstreffen usw. genutzt werden kann.

gez.

Heide Rieke
Horst Lischka

Stadtratsmitglieder

MünchenSPD Stadtratsfraktion

Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 0 89 - 23 39 26 27, Fax: 0 89 - 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



München, den 28.06.2018

Geld sparen mit mehr Baumschutz beim neuen Gesundheits- und Umweltreferat

Antrag

Die Verwaltung optimiert bei der neuen Überplanung für das Grundstück an der Dachauer Straße 90 den Baumschutz. Hierzu ist der tatsächliche Stellplatzbedarf zu ermitteln und nach Möglichkeit durch ein Mobilitätskonzept zu reduzieren.

Begründung:

Im Wettbewerb zum neuen Umweltreferat wollte man mit dem wertvollen Baumbestand noch schonend umgehen. Doch je detaillierter die Planungen wurden, desto weniger Bäume blieben übrig. Grund hierfür war – wieder mal – die erforderliche Tiefgarage und die aus der Zeit gefallene Stellplatzsatzung. Dies führte nicht nur im Bezirksausschuss Maxvorstadt zu großen Unmut.

Von Anfang an war klar, dass das neue Gebäude für das RGU zu klein sein wird. Mit der beantragten Überplanung bietet sich jetzt die Gelegenheit besser mit dem Baumschutz umzugehen. Hierfür ist zu ermitteln wie hoch der tatsächliche Bedarf an Stellplätzen an dieser sehr gut erreichbaren zentralen Lage in der Nähe der U-Bahn und Trambahn ist. Es nicht anzunehmen, dass Mitarbeiter*innen und Besucher*innen, die heute mit dem Rad bzw. öffentlich zum RGU kommen beim neuen Standort auf das Auto umsteigen. Es sei denn man erleichtert dies mit einem großzügigen Angebot an Stellplätzen – um dann in den umliegenden Straßen im Stau zu stehen.

Mit einem unterstützenden Mobilitätskonzept können sowohl Umwelt und Bäume als auch die Finanzen der LH München geschont werden.

Fraktion Die Grünen-rosa liste

Initiative:
Katrin Habenschaden
Sabine Krieger
Herbert Danner
Lydia Dietrich

Mitglieder des Stadtrates